

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Wittenbach	Gibt Sachverhalt zu lesen (betrifft die Anordnung einer vorübergehende Schliessung eines Betriebes). Was ist wichtig? Wie würden Sie vorgehen?	Man muss zunächst berechnen, wann die Frist zur Anfechtung abläuft. Man muss also zuerst schauen, wann der Regierungsstatthalter entschieden hat.
		Was ist die Verfügungsgrundlage?	Es geht um die Schliessung eines Betriebs. Deshalb findet sich die Verfügungsgrundlage im Gastgewerbegesetz.
		Um was für eine Bewilligung handelt es sich?	Polizeibewilligung.
		Was ist eine Polizeibewilligung?	Aus Sicherheitsgründen stellt man gewisse Anforderungen für eine Bewilligung
		Übergibt die einschlägigen Normen. Welche Bestimmung erlaubt die vorübergehende Schliessung?	Art. 38 Abs. 1 GGG regelt die Schliessung eines Betriebs. Abs. 2 regelt sodann die vorübergehende Schliessung.
		Um was für eine Verfügung handelt es sich?	Eine negative Verfügung.
		Ändert sich der Rechtsbestand?	Ja, also handelt es sich um eine positive Verfügung.
		Was wird mit dieser Regelung bezweckt?	Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes und Repression.
		Wie muss man vorgehen?	Als erstes schaut man ins Spezialgesetz. Vorliegend besagt das Spezialgesetz, dass man an die Volkswirtschaftsdirektion gelangen soll. Sodann schaut man ins VRPG und prüft, ob ein Anfechtungsobjekt vorhanden ist, ob die formelle und materielle Beschwer gegeben ist usw.
		Ist die Frau vorliegend materielle oder formelle Verfügungsadressatin?	nur Materielle, da ihre Rechte und Pflichten berührt sind.
		Was prüft man dann?	Ob sie ein aktuelles und praktisches Interesse hat, da der Betrieb nur für 30 Tage geschlossen werden soll.
		Würde Schliessung sofort vollzogen?	Gemäss VRPG hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung.
		Kann man die Schliessung auch sofort vollziehen?	Bei öffentlichem Interesse. Vorliegend nicht, da die Betreiberin nicht ihre Kernkompetenzen verletzt hat, sodass der Betrieb gefährlich würde, sondern sie erfüllte nur einen Nebentatbestand. Zudem ist die Massnahme in erster Linie repressiv.

		<p>Wie wirkt das Urteil der Direktion?</p> <p>Wie lautet das Rechtsbegehren?</p> <p>Genügt das?</p> <p>Was sind die zulässigen Beschwerdegründe gemäss Art. 66 VRPG?</p>	<p>Devolutiv.</p> <p>Die Verfügung sei aufzuheben.</p> <p>Ja.</p> <p>Rechtsverletzung oder Unangemessenheit. Vorliegend eher Rechtsverletzung, aber auch Unangemessenheit wäre wegen der Länge der Schliessung möglich.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Schnell	Muss bei der Anordnung von Untersuchungshaft ein Verteidiger bestellt werden?	Wenn die U-Haft mehr als 10 Tage dauert, bei einer Freiheitsstrafe von über 1 Jahr usw. (liest Art. 130 StPO vor).
		Der Beschuldigte legt mehrmals ein Geständnis ab, obwohl er in die Tragweite nicht einsieht. Was tun Sie als Verteidiger?	Geständnisse sind widerrufbar. Ausserdem würde ich ein psychiatrisches Gutachten beantragen.
		Was ist mit den Protokollen?	Es handelt sich hierbei um unzulässige Beweismittel. Ich würde deshalb einen Antrag an die Staatsanwaltschaft stellen auf Entfernung der Einvernahmeprotokolle aus den Akten.
		Was wenn der Staatsanwalt ablehnt?	Dies ist mit Beschwerde anfechtbar.
		Was für einen Antrag stellen Sie?	Einen Beweisantrag.
		Ist ein solcher anfechtbar?	Nur wenn ein nicht leicht wieder gut zu machender Nachteil droht.
		Ist das vorliegend der Fall?	Ja, da das Gericht sonst vom Geständnis Kenntnis erlangt.
		Warum wäre die Beschwerdekammer zurückhaltend?	Weil kein liquider Sachverhalt vorliegt, da man noch ein Gutachten durchführen müsste.
		Können Sie vors Bundesgericht gehen?	Ja, gemäss Art. 78 BGG.
		Um was für einen Entscheid handelt es sich?	Um einen Zwischenentscheid, welcher nur anfechtbar ist, wenn ein nicht wieder gutzumachender Nachteil droht gemäss Art. 93 BGG.
		Was ist gemäss BGer noch erforderlich?	Dass es sich um einen rechtlichen Nachteil handelt, d.h. nur bei gewichtigen Interessen.
		Wo sind die Beweisvorschriften geregelt?	Art. 139 – 141 StPO.
		Sind die Beweisverwertungsverbote zwingend?	Man unterscheidet qualifizierte Gültigkeitsvorschriften, einfache Gültigkeitsvorschriften und Ordnungsvorschriften.
		Was versteht man unter einer schweren Straftat?	Gemäss Bundesgericht sind das sicher Verbrechen und evtl. auch einige Vergehen.

		<p>Wo sieht man, ob eine Norm eine Ordnungsvorschrift oder eine Gültigkeitsvorschrift ist?</p> <p>Nennen Sie eine qualifizierte Gültigkeitsvorschrift.</p> <p>Gibt es viele einfache Gültigkeitsvorschriften?</p> <p>Wo ist das Teilnahmerecht geregelt?</p> <p>Sie sind Staatsanwalt. Ein Beschuldigter wurde festgenommen und Sie möchten ihn in U-Haft stecken. Was tun Sie?</p> <p>Was tun Sie bei einem ablehnenden Entscheid?</p> <p>Hat Ihre Beschwerde aufschiebende Wirkung?</p>	<p>Das ergibt sich aus dem Schutzzweck der Norm. Man gewichtet im Einzelfall das Interesse an der Ungültigkeit. Es steht nicht im Gesetz.</p> <p>Rechtsbelehrung.</p> <p>Nein.</p> <p>Ist in Art. 147 StPO geregelt. Es handelt sich um eine qualifizierte Gültigkeitsvorschrift.</p> <p>Innert 48 Stunden muss ich einen Antrag ans Zwangsmassnahmegericht stellen. Dieses hat dann 48 Stunden Zeit für ein Urteil.</p> <p>Der Entscheid muss innert 3h bei der Beschwerdekammer mit Beschwerde angefochten werden.</p> <p>Nein, weshalb die aufschiebende Wirkung beantragt werden muss. Zudem muss eine superprovisorische Haftanordnung beantragt werden.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Bähler	SV: Im Jahr 2005 wurde die Ehe von Valentin und Melanie in Bern geschieden. Der gemeinsame Sohn Samuel, Jahrgang 1999, wurde unter die elterlich Sorge und Obhut von Melanie gestellt. Valentin wurde verurteilt, für Samuel bis zur Volljährigkeit einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von CHF 2'000.00 (indexiert) zu leisten. Weiter wurde bestimmt, dass dieser Unterhaltsbeitrag auch nach dem Erreichen der Volljährigkeit weiter geschuldet ist, bis Samuel seine Erstausbildung ordentlicherweise abgeschlossen hat. Samuel besucht im Einverständnis seiner Eltern eine Privatschule, deren Kosten mit dem Unterhaltsbeitrag nicht bezahlt werden können. Die Eltern sind sich darüber einig, nicht aber über den Umfang der Erhöhung des Unterhaltsbeitrags. Valentin ist ein wohlhabender Geschäftsmann und wohnt im Aargau. Melanie hat nach der Scheidung beruflich nicht wieder Fuss fassen können. Sie hat sich vor drei Jahren mit David verheiratet, der ebenfalls ein wohlhabender Geschäftsmann ist. Sie wohnen in Biel. Ihr Lebensunterhalt wird von David finanziert. Melanie und Samuel kommen zu Ihnen als Anwalt/Anwältin und möchten, dass Sie eine bedeutende Erhöhung der Unterhaltsbeiträge erwirken. Wie würden Sie vorgehen?	Ich würde die Frage der Scheidungsfolgen wieder aufnehmen. Beim Scheidungsverfahren muss ich mich direkt ans Gericht wenden ohne Begründung, da das Schlichtungsverfahren entfällt.
		An welches Gericht wenden Sie sich?	An das Gericht des Wohnsitzes gemäss Art. 23 ZPO.
		Kann man auch am Ort der Scheidung klagen?	Nein.
		Wie lautet das Rubrum?	Anspruchsberechtigter ist der Sohn, weshalb er Kläger ist. Die Mutter vertritt jedoch den Sohn.

		<p>Kann auch die Mutter klagen?</p> <p>Was ist eine Prozessstandschaft?</p> <p>Gemäss Bundesgericht kann somit auch die Mutter klagen. Können Unterhaltsbeiträge zurückgefordert werden?</p> <p>Gleicher Sachverhalt, aber diesmal ohne Ehe. Wie wäre die Lage dann?</p> <p>Welches Verfahren ist anwendbar?</p> <p>An welche Behörde müssten Sie sich richten?</p> <p>Was für Verfahrensgrundsätze gelten dabei?</p> <p>Was besagt der Officialgrundsatz?</p> <p>Was ist das Gegenteil des Officialgrundsatzes?</p> <p>Gleicher Sachverhalt, aber der Samuel ist nun volljährig. Wie ist die Lage?</p> <p>Wie steht es mit Rückwirkung, die über die Volljährigkeit zurückgeht?</p> <p>Kann die Mutter klagen?</p> <p>Wie steht es, wenn die Mutter und der Sohn kein Geld haben?</p> <p>Wie gehen Sie vor?</p> <p>Wie lautet das Rechtsbegehren?</p> <p>Tun Sie dies in der gleichen Rechtsschrift?</p>	<p>Nein.</p> <p>Ein fremdes Recht wird in eigenem Namen geltend gemacht.</p> <p>Bis ein Jahr. Gemäss Bundesgericht kann auch eine Abänderung rückwirkend erfolgen.</p> <p>Es hätte keine Scheidung gegeben, sondern eine Unterhaltsvereinbarung. Man müsste folglich eine Unterhaltsklage anheben.</p> <p>Das vereinfachte Verfahren.</p> <p>An die Schlichtungsbehörde.</p> <p>Der qualifizierte Untersuchungsgrundsatz und der Officialgrundsatz.</p> <p>Dass das Gericht nicht an die Anträge der Parteien gebunden ist.</p> <p>Die Dispositionsmaxime.</p> <p>Samuel kann nun selber klagen. Gemäss Bundesgericht geht es jedoch nicht mehr um Kinderbelange.</p> <p>Auch da kann der Sohn klagen.</p> <p>Nein, da der Sohn volljährig ist. Dies gilt selbst wenn sich die Rückwirkung auf die Zeit vor der Volljährigkeit bezieht.</p> <p>Der neue Ehegatte ist unterstützungspflichtig. Diese Pflicht geht der unentgeltlichen Rechtspflege vor. Auch der Vater hat die Kosten vorzuschüssen.</p> <p>Ich verlange einen Prozesskostenvorschuss.</p> <p>Neben dem Prozesskostenvorschuss verlange ich eventualiter die unentgeltliche Rechtspflege.</p> <p>Ja</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Dzamko	Wie kommen Sie vom Roheinkommen zum Reineinkommen?	Art. 19 ff. StG: Man nimmt alle Einkünfte und subtrahiert die Abzüge. Die Ermittlung des Roheinkommens wird in Art. 30 StG beschrieben.
		Welche Abzüge sind organisch, welche sind anorganisch?	Aufwendungen sind organisch, die anderen anorganisch.
		Sind alle Aufwendungen organisch?	Sozialabzüge sind nicht organisch, da ein direkter Zusammenhang nötig ist.
		Was bedeutet „organisch“?	Es besteht ein direkter Zusammenhang mit der Einkommenserzielung, z.B. Berufskosten, Verpflegung, Reisekosten
		Gibt Sachverhalt zu lesen (ein Nationalrat wendet Geld für seinen Wahlkampf auf und macht diese Gelder geltend). Unter welchem Titel kann er diese Gelder geltend machen?	Bei einem unselbstständigem Beruf könnten es Berufskosten sein. Jedoch werden diese vorliegend nicht für die Berufsausübung sondern für die Berufserlangung verwendet, da es sich um eine Wiederwahl handelt. Folglich kann er sie nicht abziehen.
		Was, wenn es sich nicht um eine Wiederwahl, sondern um eine Neuwahl handeln würde?	Auch dann wären sie nicht abziehbar. Wenn die Kosten schon bei einer Wiederwahl nicht abziehbar sind, so sind sie erst recht nicht bei einer Neuwahl abziehbar.
		Gibt Sachverhalt zu lesen betreffend einer Immo AG, welche in einem früheren Jahr einen Verlust erzielt hat. Was geschieht?	Gemäss Art. 93 StG kann sie den Verlustvortrag während sieben Jahren abziehen.
		Gibt verschiedene Varianten vor, bei denen der Verlust weiter zurück oder in der Zukunft liegt.	
		Gibt einen Sachverhalt zu lesen, in welchem ein Geschäft zuerst ein Kurz- und dann ein Langjahr macht.	Gemäss Art. 107 Abs. 3 StG ist es zulässig, dass eine Gesellschaft im Gründungsjahr keinen Abschluss macht.
		Warum stellt man auf das Handelsrecht ab?	Wegen des Massgeblichkeitsprinzips.